Gevelsberger Zeitung

Amtsblatt der Stadt Gevelsberg. **Gegr. 1878 als Ennepetal-Zeitung.**

Die Gevelsberger Zeitung erscheint werktäglich nachmittags. Bezugspreis: Ins Haus gebracht monatl. 4.50 Mk.; durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 Mk. (Postbestellgeld 57 Pfennig). Rotationsdruck und Verlag von Phil. Baltin, Gevelsberg. Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Gevelsberg, Mittelstraße 49. Fernsprecher Nr. 58 u. 59. Telegr.-Adresse: Zeitung Gevelsberg. Postscheckkonto. Köln 15503.

General-Anzeiger

Anzeigengebühren: Für 1 mm Höhe (36 mm breit) 1 Pfg. im Reklameteil (75 mm breit) — Mk. einschließlich Anzeigensteuer. Beilagengebühr 1 Mark das Tausend. Bei gerichtlicher Beitreibung kommt jeder Rabatt in Fortfall. Zeit- und Platzvorschriften werden möglichst berücksichtigt, jedoch ohne Gewähr. Erfüllungsort Gevelsberg. Aus unverlangten Einsendungen erwächst der Schriftleitung oder Geschäftsstelle keinerlei Verpflichtung.

Nr. 68. Dienstag, den 22. März 1921. 44. Jahrgang

Zur Abstimmung in Oberschlesien.

Der Dank des Reichspräsidenten.

Berlin, 21. März. Der Reichspräsident erläßt folgenden Aufruf an das deutsche Volk:

Die deutsche Sache in Oberschlesien hat einen entscheidenden Sieg errungen. Er ist dem einmütigen Einstehen des gesamten deutschen Volkes zu verdanken. Die ansässige Bevölkerung hat ungeachtet aller gegnerischen Versuche, den deutschen Gedanken zu entfremden, in überwiegender Mehrheit treu zum Vaterlande gehalten. Die abstimmungsberechtigten Oberschlesier aus dem Reiche und aus dem Auslande haben, erfüllt von der Liebe zur Heimat, Entbehrungen und Mühe nicht gescheut. Sie sind allen Einschüchterungsversuchen zum Trotz nach Oberschlesien gekommen, um ihrer Pflicht gegen ihre Heimat und das Vaterland zu genügen. Mit großer Opferwilligkeit haben alle Schichten der Bevölkerung durch die Sammlungen der Grenzspende die Mittel aufgebracht, um auch den Aermsten die Reise nach Oberschlesien zu ermöglichen. Die Abstimmungsorganisationen haben durch ihre unermüdliche Arbeit und mustergültig ges Zusammenwirken das große Werk vollenden helfen. Ihnen allen ohne Ausnahme ist der bleibende Dank des deutschen Vaterlandes gesichert.

Fehrenbach an die oberschlesischen Heimkehrer.

Berlin 21. März. Bei der heutigen Rückkehr der oberschlesischen Abstimmungsberechtigten erschien der Reichskanzler Fehrenbach auf dem Schlesischen Bahnhof und begrüßte die Heimkehrer mit folgender Ansprache: Geliebte Brüder und Schwestern aus Oberschlesien! Nach sorgenvollen Tagen ist nun wieder Freude eingekehrt. Oberschlesien hat gehalten, was wir erhofft haben und es hat den Beweis geliefert, daß das deutsche Reich in dem Glauben an Oberschlesien Recht behalten hat. Sie haben die Anstrengungen und Mühen der Fahrt auf sich genommen, um in der Heimat für Deutschland einzutreten. Sie haben Freunde und Verwandte wiedergesehen. Sie haben an den Ihnen teuren Gräbern gebetet und Sie haben wieder aus dem heiligen Brunnen der Heimat getrunken. Sie haben das Bekenntnis für Deutschland abgelegt. **„Nur der ist in tiefster Seele treu, der die Heimat so liebt wie du!"** Greise und werdende Mütter haben sich der Fahrt unterzogen, aber nicht umsonst. Sie haben es getan, damit die Heimat Oberschlesien dem deutschen Reiche, dem Vaterland nicht verloren ging. Jetzt gilt es, Deutschland wieder aufzubauen. — Die Ansprache fand freudigen Widerhall bei den zahlreich Versammelten. Nach Hochrufen auf den Reichskanzler sang die Menge „Deutschland, Deutschand über alles" und „Die Wacht am Rhein."

Der badische Landtag und die Abstimmung in Oberschlesien.

Karlsruhe, 21. März. Im badischen Landtag ergriff vor Eintritt in die Tagesordnung Staatspräsident Trunk das Wort, um etwa folgendes auszuführen: Mit dem gestrigen Tage hat das Völkerringen im Osten sein Ende gefunden. Der Kampf hat mit dem Siege des Deutschtums geendet. Wir müssen hoffen und verlangen, daß diesem Siege die Entscheidung der Entente Rechnung trägt. Wir wollen aber auch für uns aus diesem Kampfe lernen. In Not und Gefahr sind alle einig gewesen, ohne Unterschied des Glaubens, des Standes und des Berufes. Wenn die Entente bei der Entscheidung der Abstimmung Rechnung trägt, so möge sie Rechnung tragen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands und damit Rechnung tragen den Bedürfnissen des Friedens in Mitteleuropa, ja Europas überhaupt (Beifall.) Landtagspräsident Dr. Kopf sagte u. a.: Wir wollen hoffen, daß die Entente dem Wunsch der Mehrheit und dem Grundsatz der Selbstbestimmung Rechnung trägt. Dann dürfen wir hoffen, daß mindestens die erste Grundlage für das wirtschaftliche Wiederaufkommen unseres Vaterlandes uns erhalten bleibt. Eine furchtbare Gefahr, die über uns schwebte, ist überwunden.

Die deutschen Wahlvorsteher mißhandelt.

Berlin, 21. März. Wie aus am Montag vormittag eingetroffenen Telegrammen an die Regierung hervorgeht, ist es in dem Verwaltungsbezirk Plaß und Rybnick zu haarsträubenden Wahlschwindeleien und Vergewaltigungen schlimmster Art seitens der Polen und Franzosen gekommen. Es ist jetzt schon als sicher und durch zahlreiche Augenzeugen bekräftigt festgestellt, daß auch in diesen Städten und Dörfern dieser Kreise deutsche Wahlvorsteher bei Ausübung ihres Amtes vergewaltigt worden sind. Infolgedessen mußten zahlreiche Wahllokale während der Wahl geschlossen werden. Was dann mit den Wahlurnen geschah, kann sich jeder wohl selbst vorstellen.

Wiederholt wird gemeldet, daß es in diesen Kreisen zu blutigen Zusammenstößen zwischen Polen und Engländern gekommen ist und daß die Engländer in diesen Kämpfen mehrere Tote und Verwundete gehabt haben.

Weitere Ergebnisse.

Kattowitz, 21. März. Ueber das Ergebnis der Volksabstimmung erfahren wir von zuständiger Seite folgende annähernde Ziffern, die an dem endgültigen Resultat nichts ändern: Kreuzburg 46 382 deutsche, 3376 polnische Stimmen (92 Proz. zu 8 Proz.) Rosenberg 24 200 zu 11 400 (68:32), Tarnowitz 17 600 zu 27 000 (39:61). Oppeln 67 837 zu 23 360 (75:25). Im Kreise Oppeln fehlt noch das Ergebnis aus zwölf Ortschaften um Krappnitz, wodurch das Resultat zugunsten Deutschlands nicht geändert wird. Oberglogau 23 722 zu 4476 (88:12), Kosel 33 300 zu 11 700 (76:24), Gleiwitz 58 000 zu 32 000 (64:36), Leobschütz 65 138 zu 256 (100:0), Ratibor 58 700 zu 20 000 (71:29), Kattowitz 61 957 zu 26 685 (74:26), Königshütte 31 800 zu 10 800 (75:25), Beuthen 74 546 zu 43 888 (60:40), Hindenburg 45 200 zu 43 000 (51:49), Rybnik 28 473 zu 49 454 (37:63), Pleß 14 401 zu 31 000 (24:76). Angesichts des ungeheuren Terrors der Polen, insbesondere in der Gegend von Pleß und Rybnik ist das Ergebnis dieser Kreise kein Wunder. Bei vorsichtiger Einschätzung des bisherigen Ergebnisses wird man für ganz Schlesien mit 60 Proz. deutschen und 40 Proz. polnischen Stimmen rechnen können. Ueberall auf den Straßen werden Extrablätter verbreitet. Freilich rufen einige Ergebnisse Enttäuschung hervor. Aber es kommt schließlich auf den Gesamteindruck und das Gesamtergebnis an. Und wenn man dabei an den Frieden von von Versailles denkt, in dem die Entente Oberschlesien als polnisches Land zu Polen schlagen wollte und die Volksabstimmung schließlich doch nur in der Absicht bewilligte, daß sie eine Bestätigung dieser Ansicht der Entente erbringen würde, daß nämlich Oberschlesien polnisch ist, ist diese Ansicht gestern gründlich widerlegt worden. Es soll nochmals hervorgehoben werden, daß während der 13 Monate Besatzung die polnische Propaganda von den Alliierten, besonders von den Franzosen begünstigt, frei schalten und walten konnte. Das ist auch in unseren Berichten immer wieder betont worden, daß es bei der Entscheidung hart auf hart gehen würde. Deutschland wird den Frauen und Männern heißen Herzens danken, die gestern ihre Pflicht getan haben. Danken auch denen, die seit Monaten unter ungeheuren Schwierigkeiten und unter rücksichtslosem Einsetzen ihrer Persönlichkeit und ihres Lebens, für die deutsche Sache wirkten. Wie ein eherner Pfeiler steht die Entscheidung Oberschlesiens vor der Welt. Kein Oberster Rat kann hieran etwas ändern, um so weniger, als die Bestimmungen des Friedensvertrages besonders zur Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse zwingen. Oberschlesien, dessen einzelne Teile ihrer wirtschaftlichen Struktur nach aufeinander angewiesen sind, werden vereint mit Deutschland als autonomes Land weiter blühen und gedeihen. Und so wird Deutschland aus Not und schweren Tagen seinen Weg wieder aufwärts finden.

Der Verrat der deutschen Grubenarbeiter Oberschlesiens.

TU. Oppeln, 21. März. Gegen 2½ Uhr morgens wurden einige Resultate aus dem Industriebezirk bekannt. **Gleichewald, die prachtvolle Arbeiterkolonie der Gleichewalder Werke, gab 1150 deutsche und 3065 poln sche Stimmen ab. Auch hier haben die Grubenarbeiter, wie sonst überall, ihre Stimme für Polen abgegeben. Von den Dörfern der Kreise Dost und Gleiwitz, von denen bisher 26 Resultate bekannt sind, haben 22 eine polnische und 4 eine deutsche Mehrheit.** Die Städte weisen eine große deutsche Mehrheit auf, bei den Landgemeinden treten sporadisch deutsche Mehrheiten auf. **Hinsichtlich der Abstimmung der Grubenarbeiter haben wir uns bei den deutschen Kommunisten zu bedanken. Den polnischen Grubenarbeitern befahl die kommunistische Organisation Oberschlesiens Stimmenthaltung.**

Stadt Rybnik deutsch.

TU. Rybnik, 21. März. Bei einer Wahlbeteiligung von etwa 90 Prozent wurden in Rybnik Stadt 4714 deutsche und 1945 polnische Stimmen abgegeben. Die Grubenarbeiter stimmten vielfach polnisch.

Ausbruch von Unruhen im Landkreis Beuthen.

Kattowitz, 21. März. Aus dem ganzen Landkreise Beuthen kommen besorgniserregende Meldungen von polnischen Unruhen. In Deutsch-Piwer wurden zwei Brüder Sudek, der eine Mitglied des paritätischen Ausschusses, erschossen.

Auf der Straße Beuthen-Myslowitz wurden die elektrischen Bahnen angehalten, alle Leute heruntergezerrt und vor den Augen der Franzosen verprügelt und mißhandelt.

Die Ortsstelle Orzogow des deutschen Plebiszitkommissariats wurde verbrieben und zwei Mann mit dem Tode bedroht. 30 Personen wurden verwundet.

Von Holenlinde trifft die Meldung ein, daß die Polen die Straßenbahnen anhalten und Drohungen gegen die Deutschen ausstoßen. Auf Vorstellung bei dem Kreiskontrolleur wurde die Antwort erteilt, er habe keine Leute.

In Karf entwaffneten die polnischen Angehörigen die deutschen Angehörigen. Die Polen schlagen auf die Leute ein. In den Abendstunden zog eine Bande von 60 Mann in geschlossenem Zuge nach dem Hotel Lomnitz.

An General Lerond werden Telegramme um Hilfe abgesandt.

Berlin, 21. März. Die politischen Kreise der Alliierten beginnen nunmehr einen propagandistischen Feldzug für die Durchführung der Pariser Beschlüsse und des Londoner Diktates, indem sie erklären: Nachdem Oberschlesien in seinen wichtigsten Bestandteilen bei Deutschland verbleiben würde, könne die verlangte Entschädigung tatsächlich mit Leichtigkeit von Deutschland bezahlt werden. Nach dem Verbleiben des oberschlesischen Industriegebietes bei Deutschland, werde man, so erfahren wir von außenpolitischer Seite, umsomehr auf der Pariser Zahlungsforderung bestehen müssen, und Deutschland solange mit der Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens hinhalten, bis es den Versailler Vertrag in seinen hauptsächlichsten Bestandteilen, nämlich der Reparationsfrage anerkenne und durchführe.

Berlin, 21. März. Auf dem Reichstagsgebäude wehten bereits in den frühen Morgenstunden 4 schwarz-weiß-rote Fahnen, die der Hauptstadt nicht nur den Sieg in Oberschlesien verkünden sollten, sondern auch daran erinnerten, daß heute vor 50 Jahren zum ersten Male der deutsche Reichstag zusammentrat.

Ungültigkeitserklärung eines Wahlergebnisses.

Kattowitz, 21. März. Im Kreise Pleß ist das Abstimmungsergebnis von den Italienern für ungültig erklärt worden, weil **die Abstimmungsfreiheit durch polnischen Terror sehr stark beeinträchtigt worden sei.**

Die Entscheidung über Oberschlesien vor dem 1. Mai.

TU. Oppeln, 21. März. Die endgültige Regelung des Schicksals Oberschlesiens ist sehr bald zu erwarten. Man rechnet damit, daß am 1. Mai bereits alles erledigt ist. Eingeweihte versichern, daß Oberschlesien nicht Tauschpfand wird. Das Gerücht von einem Mandat an Polen gilt als müßiges Gerede.

Die Berliner Presse über das Abstimmungsergebnis.

Berlin, 21. März. Das Abstimmungsergebnis in Oberschlesien wird von den Blättern als ein Sieg der deutschen Sache begrüßt, der die Erwartungen vielfach übertraf. Die Tatsache, daß in den Kreisen Rybnik, Pleß und Tarnowitz eine polnische Mehrheit erzielt wurde, gibt den Blättern Veranlassung, schon jetzt zu betonen, daß eine Zerreißung Oberschlesiens dem Gesamtergebnis und dem Charakter des Abstimmungsgebietes widersprechen würde, da dieses ein unzerreißbares wirtschaftliches Ganzes bildet.

Der **„Lokalanzeiger"** sagt, daß die Deutschen aus diesem Kampfe, den sie mit stumpfen Waffen zu führen gezwungen waren, eine Zweidrittelmehrheit davongetragen haben, ist ein hocherfreuliches Ergebnis. Wer auf dem Standpunkt gestanden hat, daß Oberschlesien ein eigenes Wirtschaftsgebiet darstellt, muß danach die ausgesprochene Willenskundgebung seiner Bevölkerung durch eine einzeitliche Abstimmung respektieren. Nur wer von vornherein dazu imstande war, mindestens einen Teil des oberschlesischen Gebietes den unersättlichen Polen als Beruhigungsobjekt hinzuwerfen, der kann die polnische Mehrheit in den Kreisen Rybnik, Pleß und Tarnowitz dazu benutzen, um das einheitliche Wirtschaftsgebiet zu zerreißen. Eine solche Entscheidung dürfte nicht den von allen Seiten herbeigesehnten Dauerfrieden zur Folge haben, der Kriegszustand würde vielmehr in Permanenz erklärt. Der deutschen Volkswirtschaft, die man zum Zwecke der Reparation auf das äußerste anspannen will, würden unheilbare Wunden geschlagen.

Die **„Voss. Ztg."** schreibt: Ein Blick auf die Karte zeigt, daß es **gänzlich unmöglich ist, die Orte mit polnischer Mehrheit, die aufs engste mit dem oberschlesischen Abstimmungsgebiet verbunden sind, herauszusondern.** Jeder Versuch einer Teilung würde nicht nur Ungerechtigkeiten, sondern Unmöglichkeiten schaffen und Zusammenhänge zerreißen, von denen Leben und Lebensmöglichkeiten abhängen. Ganz unhaltbare Zustände würden herbeigeführt.

Das **„Tageblatt"** hebt hervor, daß, wenn auch einzelne südöstliche Grenzgebiete für Polen gestimmt haben, das Industriegebiet als Ganzes sich für Deutschland erklärt habe.

Der **„Vorwärts"** nennt das Abstimmungsergebnis ein weithin sichtbares Ergebnis der deutschen Sache, das sich trotz des polnischen Terrors und trotz der langandauernden gewaltigen polnischen Propaganda ergeben habe. Unter dem starken Eindruck der Abstimmungszahlen müsse mit Klarheit ausgesprochen werden, daß für Deutschland die oberschlesische Frage ein Einheitliches ist, und daß eine Teilung Oberschlesiens im Angesicht dieser Volksabstimmung als eine Verletzung des Versailler Vertrages empfunden wird.

Pariser Stimmen.

TU. Paris, 21. März. Ueber die Abstimmung in Oberschlesien bringen die Pariser Morgenblätter nur wenige direkte Nachrichten. Es wird gesagt, daß die Abstimmung im allgemeinen ruhig verlaufen ist. Die allgemeine Anschauung geht dahin, daß wenn Deutschland noch Polen eine erdrückende Majorität haben werden, daß vielmehr die Abstimmungskommissionen nach den Bestimmungen des Friedensvertrages **eine neue Grenze zwischen Deutschland und Polen vorschlagen müssen.** Der Friedensvertrag hat über diese schwere Aufgabe nichts Bestimmtes festgesetzt. Es wird also für möglich gehalten, daß selbst nach der Abstimmung der Kampf um Oberschlesien weitergehen könnte. Nach der Meinung **Pertinax** im **„Echo de Paris"** ist die oberschlesische Frage die wichtigste für ganz Europa. Pertinax stellt sich, als ob er an die deutschen Darlegungen nicht glaube, **wiederholt aber nochmals die Worte Lloyd Georges vom 7. März, daß man dem deutschen Reich seine reichste Provinz nicht nehmen und zugleich die höchsten Kriegsentschädigungen auferlegen könnte.** Noch wichtiger sei die Entscheidung für Polen. Wenn die Eroberung Friedrichs II. bei Deutschland bleibe, fahre Deutschland fort, nicht bloß Warschau, **sondern auch** die Donauländer zu beherrschen.

Man ist in Frankreich wie vor den Kopf geschlagen.

Paris, 21. März. Die französische Presse ist über das Abstimmungsergebnis wie vor den Kopf geschlagen. Kein Blatt erwähnt Tatsachen, man gibt aber im allgemeinen zu, daß 63 Prozent für Deutschland gestimmt hätten. In der Kammer erregten die Nachrichten aus Oberschlesien allgemeine Bestürzung. Man war auf alles andere gefaßt, als auf einen solchen Erfolg Deutschlands.

Französische Wünsche bezüglich Oberschlesiens.

Paris, 21. März. In einem Aufsatz über die Volksabstimmung in Oberschlesien weist der „Matin" auf die Schwierigkeiten hin, die sich bei der Entscheidung für die Alliierten ergeben werden. Wenn man nur dem Abstimmungsergebnis Rechnung tragen würde, so wäre überhaupt keine Grenze möglich, da das Land dann von einer Menge polnischer und deutscher Enklaven überfät wäre. Wenn sich also nicht eine starke Mehrheit für einen Teil ergibt, **werde man das Land in zwei Teile teilen müssen.** Der Vertrag von Versailles biete hier große Schwierigkeiten, die den künftigen Frieden noch bedrohen könnten. Man hätte von vornherein das Land wie in Schleswig in **zwei Abstimmungszonen teilen und** jeden Teil dem Lande geben sollen, für das sich eine Mehrheit ergeben hätte. Es sei zweifelhaft, ob Deutschland und Polen sich der Entscheidung der Alliierten beugen würden, um so mehr, als die Frage für beide Länder von ungeheurer Wichtigkeit sei, nicht nur wegen der Kohlen, sondern auch wegen der Zinkproduktion, die eine der stärksten Europas überhaupt ist.

Der bayrische Standpunkt in der Entwaffnungsfrage.

München, 21. März. Die Bayrische Volkspartei-Korrespondenz erklärt die Annahme, daß hinsichtlich des Entwaffnungsgesetzes ein schwächliches Nachgeben Bayerns zu erwarten sei, für völlig unbegründet und fährt dann fort:

Wenn es auch bei der Auffassung die bedauerlicherweise bei der Mehrheit des Reichstages über die bayerischen Verhältnisse herrscht, ausgeschlossen erscheint, daß ein Gesetz zustandekommen wird, das den bayrischen Bedürfnissen wirklich genügen kann, so muß doch zum mindesten angestrebt werden, einen Zustand zu schaffen, bei dem die Meinungsverschiedenheiten, die in der Selbstschutzfrage zwischen Berlin und München bestehen und wohl auch weiterhin bestehen werden, auf ein für Reich und Land erträgliches Maß beschränkt werden. Der gute Wille, der sich bei einzelnen Parteien im Ausschuß geltend macht, wird in Bayern nicht verkannt. Es muß hingegeben werden daß der Gesetzentwurf, wie ihn nunmehr die Demokraten in Form eines Antrages vorgeschlagen haben, einen wesentlichen Fortschritt gegenüber der überreichten Regierungsvorlage bedeutet. Die unglückselige Bahn, ein Gesetz zu machen das sogar über den Friedensvertrag hinausgeht scheint endlich verlassen zu sein. Allerdings erweckt die Verknüpfung von Reichs- und Landesbehörden, wie sie im Paragraph 3 des demokratischen Antrages enthalten ist, allerschwerste Bedenken. Demgegenüber muß an der Auffassung festgehalten werden, die der Ministerpräsident in seiner jüngsten Rede bekundet hat und worin es heißt: „Selbstverständlich setzt die Regierung voraus, daß die Reichsregierung, wenn sie Maßnahmen als notwendig erachtet die mit unsrer Auffassung nicht im Einklang stehen, diese ohne Inanspruchnahme der bayrischen Regierung selbst vollzieht."

Eine Note des Reparationsausschusses.

WTB. Paris, 21. März. Der Reparationsausschuß veröffentlicht durch die Havasagentur eine Note, in der gesagt wird, die Presse habe gewisse Informationen verbreitet, wonach die einzige Folge der Nichtzahlung der 20 Milliarden Goldmark vor dem 1. Mai nach Artikel 235 die Emission neuer Schatzbons sei, die die nicht amortisierten Schatzbons ersetzen sollen. Diese Nachricht scheint von den Bestimmungen des Artikels 235 und denen des § 12c Anhang 2 des Friedensvertrages herzurühren. Der Inhalt des Artikels 235 des Friedensvertrages sei imperativ. Deutschland müsse vor dem 1. Mai den Gegenwert von 20 Milliarden liefern. § 12c des Anhanges 2 des Friedensvertrages sieht eine Emission von 12 Milliarden vor, die unverzinsbar und am 1. Mai 1921 zurückzahlbar seien. Diese Bons könnten durch Lieferung auf das Reparationskonto amortisiert werden. Es sei also klar, daß, wenn Deutschland selbst vor dem 1. Mai 1921 den Artikel 235 des Friedensvertrages erfülle, ein großer Teil der Bons nicht amortisiert sei. Das seien die Bons, wovon § 12c Anhang 2 spreche, die ersetzt werden müßten durch zinstragende Bons. Diese Dispositionen änderten aber in keiner Weise die Verpflichtungen Deutschlands aus dem Artikel 235.

Französische Pläne gegen die deutsche Großindustrie.

TU. Paris, 21. März. In Pariser Regierungskreisen ist in der Frage der Sanktionen ein neuer Umschwung eingetreten. Dieser Umschwung ist darauf zurückzuführen, daß die Ergebnisse der Sanktionen noch keine genügende Wirkung gezeigt haben. Die Regierungskreise sind der Ansicht, daß man nunmehr zu neuen Mitteln greifen müsse. Die Pariser und Londoner Beschlüsse sollen fallen gelassen werden und man will sich mehr an den Versailler Vertrag halten durch eine Aenderung des Zahlungsmodus der Entschädigungssumme. Verschiedene Entwürfe sind bereits in Vorbereitung. Da die Sanktionen fehlgeschlagen sind, müsse man sich das Geld von Deutschland direkt holen und zwar dort, wo es sich befinde, nämlich bei den Großindustriellen. Sollten die Industriellen die Betriebe schließen, so würde man einfach die Fabriken besetzen und die Verwaltung der Arbeiterschaft übergeben, das heißt also, die französischen Regierungskreise beabsichtigen, in Deutschland unter dem Schutze der französischen Bajonette den Bolschewismus einzuführen. Ferner sollen die Großindustriellen Anleihe bei den Alliierten abgeben. Die Einlösung der Kupons werde seitens der Alliierten erfolgen, ebenso die Einstreichung der Dividenden. Die Alliierten sind in diesem Falle also gleichsam die Aktionäre der deutschen Großbetriebe. Die 30 Prozent Tage auf die deutsche Kaufsumme sollen beibehalten werden. Auch die französischen Blätter äußern sich in diesem Sinne. „Eclair" betont, man müsse energisch gegen Deutschlands Industrielle vorgehen, da sie den Alliierten die größten Schwierigkeiten bereiten. Das „Echo de Paris" schreibt, daß Vorbereitungen zu neuen Modalitäten des Versailler Friedensvertrages erörtert werden.

Amerika und der Versailler Vertrag.

WTB. Paris, 22 März. Nach einer vom „Matin" wiedergegebenen Meldung des „Newyorker Handelsjournals" aus Washington soll aus sicherer Quelle verlautet: Präsident Harding und die Kommission für auswärtige Angelegenheiten seien darüber einig, daß der Friedensvertrag von Versailles dem Kongreß in seiner nächsten Session mit einem Vorbehalte hinsichtlich des Völkerbundes wieder unterbreitet werden müsse. Die Annahme des Vertrages bedeute die Annahme sämtlicher Bedingungen hinsichtlich der Reparation, der Indemnität, sowie der Festsetzung der Grenzen Deutschlands, der Mandate der Besetzung und der Verfügungen über die ehemaligen deutschen Kolonien.

Zu den Gewaltmaßnahmen der Feinde.

Deutscher Einspruch an die Entente.

Berlin, 21. März. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, wird die Reichsregierung einen Einspruch gegen die ungerechtfertigte Besetzung neuer rechtsrheinischer Städte an die Entente richten.

Havas-Noten über die Neubesetzungen.

WTB. Paris, 21. März. Die Havasagentur veröffentlicht zwei Noten, um zu beweisen, daß deutsche Nachrichten, wonach französische und belgische Truppen etwa 40 Kilometer auf dem rechten Rhr ufer vorgerückt sein sollen, falsch seien. Der Kriegsminister hat der Agentur erklärt, die Bewegungen der Truppen seien einfache Verschiebungen von Vorposten, die General Weygand für nötig befunden. Die Vorposten sei en etwa 2 Kilometer nach Osten vorgerückt. Diese ständen jetzt an der Ruhr und könnten die Wege, die nach Duisburg Rehrort führen, überwachen.

Die zweite Note, die offenbar vom Quai d'Orsay herrührt, sagt, es handele sich nur um die Errichtung von zwei Posten einer Stärke von Speldorf, 2 Kilometer von Mülheim, und der andere nordöstlich von Mülheim auf der Straße nach Oberhausen, am Westbahnhof von Oberhausen, der in großer Entfernung von der Stadt gelegen ist. Diese Truppenbewegungen könnten keineswegs als Ausdehnung der Besetzungszone angesehen werden.

Die Industriellen des besetzten Rheinlandes und die Reichsregierung.

Köln, 21. März. In einer zahlreich besuchten Versammlung unter Leitung des Vorsitzenden des Vereins der Industriellen aus dem besetzten Gebiet, Generaldirektor Dr. A. Lungen, nahm der Industrieausschuß des besetzten Gebiets am gestrigen Sonntag in Wiesbaden Stellung zu der durch die neuen Verhältnisse geschaffenen wirtschaftlichen Lage. Einmütig kam die Ansicht zum Ausdruck, daß keine Gewaltmaßnahme des Verbandes die Industriellen des besetzten Gebietes von dem unerschütterlichen Entschluß abbringen könne, alle ihre Handlungen auf das Gesamtinteresse des Reichs einzustellen. Ebenso wurde der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß auch das Reich dem besetzten Gebiet die Treue halten werde. Die Industrie hält ein enges Zusammenarbeiten mit der Reichsregierung für unbedingt geboten. Sie hat zu diesem Zweck den Industrieausschuß durch Zuwahl von Vertretern des neubesetzten Gebietes weiter ausgebaut und desgleichen einen Arbeitsausschuß von 5 Herren eingesetzt mit der besonderen Aufgabe, sowohl die Fühlung mit der Reichsregierung wie auch mit den übrigen wirtschaftlichen Organisationen des besetzten Gebiets aufrecht zu erhalten.

Boykott der Verbandserzeugnisse.

WTB. Berlin, 21. März. Der Hauptausschuß des deutschen Industrie- und Handelstages hat folgenden Beschluß gefaßt:

Der Hauptausschuß des deutschen Industrie- und Handelstages gibt der Empörung über die von den feindlichen Staaten unter dem Namen von Sanktionen begangenen Gewaltmaßregeln Ausdruck und fordert die ihm angeschlossenen Handelskammern auf, dahin zu wirken, daß Deutschlands Industrie und Handel bis zur Aufhebung der Sanktionen von Einkäufen in den an ihnen beteiligten Ländern absehe.

Die Schändungen und Verbrechen der Schwarzen im Rheinland.

Berlin, 21. März. Die amerikanische Regierung veranlaßte General Allen, den Oberbefehlshaber der amerikanischen Truppen in Deutschland, zu einem Bericht über die Ausschreitungen farbiger französischer Truppen im Rheinland, der am 19. Februar im amerikanischen Senat vorgelegt wurde und jetzt im Auszug bekannt wird. Der Bericht besagt, daß in einer Anzahl von Fällen die französischen Militärgerichte einschreiten mußten und betont, daß bei weitem nicht alle Gewalttaten farbiger Soldaten bekannt wurden.

Deutschlands Beteiligung am Wiederaufbau.

WTB. Berlin, 21. März. Im Wiederaufbauministerium fand unter Vorsitz des Staatssekretärs Müller eine Beratung über die Frage der Beteiligung Deutschlands am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Frankreichs statt, wozu eine Reihe von Sachverständigen aus den Kreisen des Wirtschaftslebens, insbesondere Generalsekretäre und Bauindustrielle, Einladungen erhalten hatten. Staatssekretär Müller stellte als Zweck der Besprechung fest, Pläne über die Beteiligung Deutschlands am Wiederaufbau Frankreichs durchzusprechen und betonte, daß **Deutschland seit Juli 1919 stets seine Bereitschaft, an diesem Aufbau sich aktiv zu beteiligen, aussprach.** Er gab einen Ueberblick über die verschiedenen dem Wiederaufbauministerium gemachten Vorschläge für den eigentlichen Wiederaufbau. Geheimer Regierungsrat Cuntze vom Reichsministerium für den Wiederaufbau referierte über die einzelnen Gruppen dieser Vorschläge, die er kritisch beleuchtete. Nach ihm kamen Ministerialdirektor v. Simson vom Auswärtigen Amte, Dernburg, Krüger und Rathenau zu Wort. Die Beratungen dauern fort.

Reich und Länder zu den Londoner Ergebnissen.

Berlin, 21. März. Am Sonnabend fand im Reichswirtschaftsministerium eine Besprechung mit den Chefs der wirtschaftlichen Ressorts der Länder statt, zu der auch die Vertreter der beteiligten Reichsministerien hinzugezogen waren. Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz stellte folgende Einzelfragen zur Erörterung: Die Verkehrsabgabe, die Rheinlandfrage und die zu ergreifenden Gegenmaßnahmen. Hinsichtlich der Verkehrsabgabe sollen sich insbesondere der preußische Handelsminister und die Vertreter von Bayern, Thüringen und Hamburg auf den Standpunkt, daß von einer Erstattung durch das Reich nicht die Rede sein dürfe. Ob und inwieweit wegen der laufenden Verträge den beteiligten Firmen eine Stützung zu gewähren sei, bedürfe noch einer weiteren Prüfung. Dieser Standpunkt fand die einmütige Zustimmung der Besprechung. Bezüglich der für das besetzte Rheinland geschaffenen Lage ging die Ansicht dahin, daß eine genaue Beobachtung der weiteren Entwickelung erforderlich ist. Die Reichsregierung beabsichtigt, sofort eine Verordnung zu erlassen durch die der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung ermächtigt wird, für den Warenverkehr von und nach Gebieten, in denen er die Anwendung der deutschen Ein- und Ausfuhrverbote mißbraucht hält, Vorschriften zu erlassen.

Oesterreichs Preis für die Völkerbundshilfe.

Leipzig, 21. März. Die Leipziger Neuesten Nachrichten melden aus Basel: Der oberste Rat hat der österreichischen Regierung wissen lassen, daß eine amtliche Förderung der Bestrebungen eines Anschlusses Oesterreichs an Deutschland die zugesagte wirtschaftliche Hilfe illusorisch mache.

Aus dem Reiche.

Die Schwerkriegsbeschädigten.

Wie das Tageblatt hört, hat das Reichsministerium eine neue Verordnung über die Beschäftigung der Schwerkriegsbeschädigten entworfen. Darin wird bestimmt, daß die gesetzlichen Bestimmungen, nach denen eine Kündigung schwer Kriegsbeschädigter erst wirksam wird, wenn die Hauptfürsorge zugestimmt hat, bis zum 1. April 1922 **verlängert** werden.

Generalstreik im mitteldeutschen Industrierevier.

Besetzung des Regierungsbezirks Merseburg durch Schutzpolizei.

Halle, 21. März. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag fand unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten Hörsing eine Versammlung statt, in der über die Lage im mitteldeutschen Industriegebiet beraten wurde. An dieser Versammlung nehmen, wie die Hallesche Zeitung mitteilt, der Minister des Innern und der Staatskommissar für die öffentliche Ordnung teil. Man war sich einig darüber, daß der Terror der radikalen Elemente, unter dem die gesamte Arbeiterschaft im Augenblick moralisch und materiell sehr schwer leidet, unbedingt gebrochen werden müsse.

Es wurde u. a. beschlossen, eine Besetzung der Industriereviere um Merseburg durch Schutzpolizei vorzunehmen.

Als am Sonntag früh die von dem Regierungspräsidenten angeordnete Besetzung des Industriegebietes des Regierungsbezirkes Merseburg stattfand, stellten die Mansfelder Arbeiter der Schutzpolizei ein Ultimatum, das am Sonntag nachmittag 4 Uhr ablief. Da dies nicht beantwortet wurde, setzte heute früh der Gegenstreik ein. In einem Aufruf an die Arbeiter wird zum Generalstreik aufgefordert, bis die Schutzpolizei aus dem Bezirk zurückgezogen sei.

Die Briefe der Prinzessin.

Von E. Ph. Oppenheim.

41) (Nachdruck verboten.)

„Was, nicht nötig hatten! Er wußte, wie schwer es mir wurde, nur meinen Lebensunterhalt zu verdienen. Das ist ja eben seine Schlechtigkeit, sehen Sie."

„In der Tat! Ich hätte es nicht geglaubt. Ihr Bruder verfügte über große Mittel, und das Geschäft, das ich mit ihm hatte, hätte ihm eine hübsche Summe eingebracht. Wirklich, Herr Martens, ich war befugt, ihm einen Scheck über hunderttausend Mark auszuhändigen."

Martens wurde leichenblaß.

„Hunderttausend Mark!" stammelte er. „Für was? Für was?"

„Für Bruder," sagte der Rechtsanwalt ruhig, „befand sich im Besitz von Papieren, die meinem Mandanten so viel und vielleicht noch mehr wert waren."

„Und wo sind sie jetzt? Wo sind diese Papiere?"

„Ich weiß es nicht. Ich weiß nur, daß mein Klient Ihnen vielleicht, nein, wahrscheinlich das gleiche Angebot machen würde, wenn Sie etwa die Papiere besäßen."

„Papiere! Papiere!" schrie Martens und wand sich förmlich vor Aufregung. „Was sind das für geheimnisvolle Papiere? Aktien, oder was sonst?"

„Darüber kann ich Ihnen zu meinem Bedauern keine Auskunft geben, aus dem einfachen Grunde, weil ich selbst nicht darüber unterrichtet bin," erwiderte der Rechtsanwalt zurückhaltend. „Ich hatte den Auftrag, mit die Papiere von Ihrem Herrn Bruder vorlegen zu lassen, meinen Klienten von ihrer Beschaffenheit in Kenntnis zu setzen und sie dann eventuell für die angegebene Summe zu erwerben. Ich weiß nur, daß Ihr Herr Bruder zögerte, sie mir für den erwähnten Kaufpreis auszuhändigen, vorgeblich, weil sie ihm eine Rente einbrächten, die mehr größer wäre als die Zinsen des von mir offerierten Kapitals."

„Aber wie, in aller Welt, soll ich diese Papiere finden, wenn ich nicht einmal weiß, welcher Natur sie waren?"

Berger zuckte die Achseln.

„Gewiß, es hat seine Schwierigkeiten," gab er zu, „Aber ich vermag Ihnen leider nicht zu helfen."

„Sie könnten es," schrie Martens erbost. „Ihr Mandant müßte Ihnen sicherlich mitteilen, um was für Pap ere es sich handelt, wenn Sie ihm sagten, daß er damit ihre Herbeischaffung erleichtern würde."

Der Rechtsanwalt wiegte den Kopf.

„Ich glaube kaum," erwiderte er. „Ich bin sogar so gut wie sicher, daß mein Klient Ihnen die Auskunft verweigern würde. Diese Papiere sind sehr düsterer Natur, Ihr Herr Bruder wußte augenscheinlich sehr geschickt Gebrauch von ihnen zu machen, freilich, es kostete ihm das Leben, aber seine Gefahren hat am Ende jedes Geschäft."

Martens taumelte zurück, als hätte er einen Schlag bekommen. Heinz aber, der sich bis dahin schweigend verhalten und lediglich auf die Rolle des Zuhörers beschränkt hatte, sprang heftig auf.

„Sie glauben also, daß Martens dieser Papiere wegen ermordet worden ist?" fragte er atemlos.

Der Rechtsanwalt schien sich gleichsam noch mehr in sich zurückzuziehen.

„Ich glaube nichts," sagte er abwehrend. „Ich ziehe nur meine Schlüsse, wie jeder andere seine Schlüsse ziehen würde. Ich kann offen mit Ihnen reden. Sie sehen, Otto Martens hatte ein Jahreseinkommen von vierundzwanzigtausend Mark. Ich vermute nicht nur, daß er es dem Besitz der Papiere verdankte, sondern ich weiß es; denn als ich ihm mein Angebot machte, erklärte er mir, daß er augenblicklich weit mehr Kapital aus den Papieren schlüge. Nun sehen Sie, das Geld wurde ihm von jemandem gezahlt, für den die Papiere ebenfalls großen Wert hatten und der meinem Mandanten ertragreich war. Wie großen Wert die Papiere für diesen anderen hatten, ersehen Sie ja schon aus den enormen Summen, die er ihrem Besitzer zahlte, nur damit Martens sie nicht an uns verkaufte. Nun will Martens das aber doch tun, denn er war zuletzt sehr geneigt, es zu tun, die Gegenpartei hat möglicherweise Kenntnis davon bekommen, und — in der Nacht, wo er ermordet wird mit abschließen will, wird Otto Martens ermordet."

Man mußte sehr schwerfällig sein, ihn nicht zu verstehen. Und Heinz fragte langsam:

„Der kurze Sinn Ihrer Worte ist, daß nach Ihrer Meinung diese mysteriöse Gegenpartei die Schuld an dem Tode Martens tragen soll?"

Der Rechtsanwalt zog die Schultern hoch.

„Es scheint mir unmöglich," gab er zu.

„Und daß diese Gegenpartei bei dieser Gelegenheit die Papiere gestohlen hat?"

„Auch das scheint mir unmöglich. Aber die Möglichkeit ist, Herr Hakkelden, daß ich es nicht glaube. Ich meine nämlich, es ist bei dem Versuch dazu geblieben, in Wirklichkeit. Und die Papiere in die Hände irgendeines anderen sündigen Kopfes übergegangen."

Die Adern an Hakkeldens Schläfen schwollen hoch an. Dicht trat er an den Rechtsanwalt heran.

„Ich will Ihnen etwas sagen, Herr Berger," sagte er beherrscht. „Sie bel eben sich in eine Welt von Rätseln zu hüllen, hinter die sich, daß diese Welt Ihnen nicht selbst am Ende den Blick benimmt und Sie unversehens in einen Abgrund stürzen läßt. Sie scheinen ganz zu vergessen, daß wir im zwanzigsten Jahrhundert leben und daß die Polizei heute mit anderen Mitteln arbeiten kann wie früher. Es wird Sie ohne Zwe fel gelingen, den Zusammenhang der rätselhaften Geschichte mit den Papieren aufzudecken, und ich fürchte sehr, daß Sie dann in eine sehr unangenehme Situation geraten könnten."

„Jawohl," fuhr Martens rasch dazwischen, „Sie müssen sprechen, jetzt schon, sehen Sie. Man wird Sie zwingen zu sagen, was das für Papiere gewesen sind."

Der Rechtsanwalt sah gelassen von einem zum anderen, wandte sich aber mit seiner Erwiderung direkt an Heinz.

„Ich sagte Ihnen damals schon, daß ich auf der Polizei gewesen bin," sagte er kalt. „Meinen Sie wirklich, daß ich mich ohne Not einer Gefahr aussetzen werde? Ich habe vor Gericht deponiert, was ich von den Papieren weiß, das ist um nichts mehr und um nichts weniger, als was ich Ihnen gesagt habe.

(Fortsetzung folgt.)

Kreistagssitzung des Landkreises Schwelm.

-el. **Schwelm**, 22. März.

Unter dem Vorsitz des stellvertretenden Landrates Dr. Erdmann traten die Mitglieder des Kreistages nach der Neuwahl gestern zu der ersten Kreistagssitzung zusammen. Neben den bekannten alten Mitgliedern, bemerkte man auch die zum ersten Mal in den Kreistag neu eingezogenen Männer. Hoffen wir, daß der Kreistag in seiner neuen Zusammensetzung zum Wohle des Kreises und der Kreiseingesessenen recht ersprießliche Arbeit leistet. Diesem Wunsch gab der Vorsitzende nach gleichzeitiger Gültigkeitserklärung der Kreistagswahl und der Mandate der Gewählten in einer kurzen Ansprache Ausdruck. Die Sitzung wurde übrigens mit recht erheblicher Verspätung eröffnet. Als Protokollführer des Tages erfolgte die Wahl des Kreissekretärs Beckemann. Die Kreistagsmitglieder Kraft, Lüttringhaus und Arend wurden zu Mitgliedern des Ausschusses zur Prüfung der Einladungen zu Sitzungen usw. gewählt.

Punkt 2: **Wahl von 6 Kreisausschußmitgliedern.**

Zunächst erfolgte die Bildung des Wahlvorstandes, der aus den Herren Justizrat Geilen, Lüttringhaus und Flockenhaus bestand.

Kreistagsabg. Justizrat Geilen (bürgerl.) beantragte aus Zweckmäßigkeitsgründen entsprechend der Wahlordnung des Provinziallandtages zu der Provinzialausschußwahl, für die Mitglieder des Kreisausschusses gleichzeitig Stellvertreter und außerdem Ersatzmänner zu wählen, damit der Kreisausschuß auch wenn ein Kreisausschußmitglied verhindert sei an Kreisausschußsitzungen teilzunehmen, doch immer vollzählig zur Stelle sein könne und damit die im Kreisausschuß vertretenen politischen Parteien niemals durch Parteimitglieder unvertreten bleiben.

Dieser Antrag führt zu einer sehr ausgiebigen Geschäftsordnungsaussprache in deren Verlauf sich z. B. Redner der Rechtssozialisten und Unabhängigen gegen den Antrag aussprachen während der Vertreter der Kommunisten, Thater, die Annahme des Antrages befürwortet.

Der Vorsitzende vertritt die Auffassung, daß er geschäftsordnungsmäßig die Abstimmung über den Antrag nicht zulassen könne, da er auf der Tagesordnung nicht angegeben sei. Er empfiehlt aber, den Antrag, der etwas für sich habe, der nächsten Kreistagssitzung zur Beschlußfassung vorzulegen.

Nach längerer Aussprache erfolgt die Annahme dieses Vorschlages dahingehend, daß in der nächsten Kreistagssitzung die Wahl der Stellvertreter und Ersatzmänner zum Kreisausschuß vorgenommen werden soll.

Kreistagsabg. Springorum (bürgerl.) beantragt durch je 2 Vertreter von beiden Seiten die Aufstellung einer Einheitsliste für alle neu zu wählenden Ausschüsse gemäß den vor 2 Jahren gemachten Erfahrungen. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. Nach Wiederaufnahme der Beratungen werden die Kreistagsabg. Dr. Hüllenbeck, Lüttringhaus, Stocksey (bürgerl.), Oetlinghaus und Heidtfeld (Unabh.) und Heuteroth (Rechtssoz.) zu Kreisausschußmitgliedern gewählt.

Punkt 3: **Wahl der Kommission der Kreiskommunalkassenrechnung der Rumpfstiftung und des Kreises Wilhelm II.-Stiftung.**

Nach den gemachten Vorschlägen werden die Herren Adolf Eckhoff, Friedr. Hüninghaus, Rektor Fahrbender, L. Leyhe, Gustav Nelken, Bangert, Bachmeier und Arend gewählt.

Punkt 4: **Wahl der Kommission zur Prüfung der Rechnungen für das Kreis-Wasser und Elektrizitätswerk.**

Zu Mitgliedern werden die Herren Buschhaus, Wirth, Direktor Peltz, Eckhoff, Heuteroth, Dohle, Flockenhaus und Schmidt gewählt.

Punkt 5: **Wahl der Kommission zur Prüfung der Baurechnungen für das Kreis-Wasser und Elektrizitätswerk.**

Mitglieder dieses Ausschusses werden die Herren: Wirth, vom Brocke, Direktor Peltz, Fahrbender, Flockenhaus, Thater, Heuteroth, Dohle.

Punkt 6: **Wahl von Vorstandsmitgliedern der Emmepetalsperren-Genossenschaft.**

Es erfolgte die Wahl von: Th. Hesterberg, Dal. Stocksey, Bangert und Hagemann.

Punkt 7: **Wahl der Vertrauensmänner für den Ausschuß zur Wahl der zu Schöffen und Geschworenen wählbaren Personen.**

Aus den Amtsgerichtsbezirken Schwelm, Haspe und Hattingen werden gewählt: Th. Buchsein, Hugo Boeker, Ed. Schlieper, Fr. Kappel, Fr. Nelken, Bertram, Böhm, Schaake. Alle Wahlen wurden einstimmig getätigt.

Punkt 8: **Vorlage, betreffend Bewilligung von Mitteln für die Beschaffung weiterer Elektrizitätszähler.**

Nach Begründung der Vorlage durch Direktor Oehlinghaus und kurzer unwesentlicher Aussprache werden zu diesem Zweck 149 000 Mk., die durch Anleihe gedeckt werden sollen, bewilligt.

Punkt 9: **Vorlage auf Erhebung einer Nachtragsumlage von 53 Prozent des umlagefähigen Realsteuersolls für die Provinz.**

Wie der Vorsitzende mitteilte, ist vom Provinziallandtag infolge des ungedeckten provinziellen Fehlbetrages von 12,1 Millionen Mk. aus der zu wenig eingegangenen Reichseinkommensteuer, die Erhebung einer Nachtragsumlage von 53 Prozent des umlagefähigen Realsteuersolls beschlossen worden und bedarf für den Kreis Schwelm der Genehmigung des Kreistages.

Der Vorsitzende teilt auf Anfrage des Kreistagsabg. Heuteroth mit, daß von der für den Kreis in Frage kommenden Gesamtumlage von 448 181 Mk. auf die Stadt Gevelsberg 115 208 Mk. entfallen. Nach kurzer Aussprache, in deren Verlauf die Vertreter aller Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, wenn auch ungern ihre Zustimmung erklären wird die Erhebung der Nachtragsumlage mit Stimmenmehrheit beschlossen.

Stellvertretender Landrat Dr. Erdmann macht von dem bevorstehenden Ankauf eines für 120 Kinder und einen sechswöchigen Aufenthalt berechneten Kindererholungsheims auf der Insel Borkum zum Gesamtpreis von etwa 450 000 Mk. Mitteilung. Mit Rücksicht auf die Höhe der Kosten habe sich der Kreisausschuß trotz des guten sozialen Gedankens nicht schlüssig werden können, da er ohne Anhörung des Kreistages das Risiko des Ankaufes nicht übernehmen wolle.

Kreistagsabg. Th. Buschhaus berichtet über die Verhandlungen des besonders eingesetzten Ausschusses und empfiehlt auf Grund der guten Erfahrungen des Landkreises Hagen der Sache näher zu treten.

Von verschiedenen anderen Kreistagsabg. werden Bedenken wegen der hohen Ankaufs- und Einrichtungskosten geäußert. Mit demselben Betrag könne in unsern einheimischen Wäldern bessere und billigere Gelegenheit zur Erholung für Kinder geschaffen werden.

Es wird abgelehnt, daß sich der Kreisausschuß noch einmal mit dem vorliegenden Plan wegen Ankauf eines Kindererholungsheims auf Borkum beschäftigt.

Schluß der Sitzung gegen 5½ Uhr.

Aus Stadt und Land.

Gevelsberg, 22. März.

— **Technische Nothilfe.** Um den Mitgliedern der hiesigen Ortsgruppe der Technischen Nothilfe einen Einblick in das Wollen, Können und die Ziele zu gewähren, waren die Ortsgruppenmitglieder gestern abend zu einer recht gut besuchten Versammlung unter der Leitung des bisherigen Vorsitzenden zusammengekommen. „Technische Nothilfe und Notheifergeist", über dieses Thema sprach Volkswirt Nowack-Hagen in ausgezeichnet geschickter, vor allem aber überzeugungsvoller Weise. Bauten und Streik, diese zwei Erscheinungsformen sind es, die unserm heutigen gefährdeten Wirtschaftsleben das besondere Gepräge geben. Ueber der Pflicht der Rücksichtnahme auf die Allgemeinheit wird das Lebensrecht der Allgemeinheit bei Streiks in den lebenswichtigsten Betrieben vergessen. Als lebensnotwendige Hilfe, als Nothilfe für die durch Streiks besonders bedrohten lebenswichtigen Betriebe, fanden sich im November 1919 in Berlin 800 Notheifer zusammen, um sich im Interesse der Allgemeinheit gegen den Terror zu wehren. Frauen, Greise und Kinder sind die Ersten, die unter den furchtbaren Folgen eines Streikes in lebenswichtigen Betrieben zu leiden haben, weil sie sich nicht dagegen wehren und helfen können. Darum gilt es, für die technische Nothilfe sich zum Wohl der Allgemeinheit einzusetzen. Jetzt ist aus der anfänglich so kleinen Schar der technischen Notheifer innerhalb eines Jahres eine Reichsorganisation geworden, die 160 000 technische Notheifer umfaßt. "Wenn die Not am größten ist, gilt es für die technischen Notheifer einzuspringen um zu verhüten, daß unserm Wirtschaftsleben noch größere Schäden zugefügt werden. Unverantwortliche Streiks in lebenswichtigen Betrieben haben schon auf dem Operationstisch den Tod von Menschenleben zur Folge gehabt, weil das elektrische Licht versagte. Die technischen Notheifer sind keine Streikbrecher, sondern leisten nur in den lebenswichtigen Betrieben Notstandsarbeiten. Die Gewerkschaften haben meistens den guten Willen Notstandsarbeiten ausführen zu lassen, doch beweist die Erfahrung bis zum heutigen Tage, daß dieser gute Wille nicht immer in die Tat umgesetzt werden kann. Die Nothilfe arbeitet nicht gegen die Arbeiter, sondern sie arbeitet, wie das von einsichtigen gewerkschaftlichen Kreisen angestrebt wird, einzig und allein im Dienste und zum Wohl des Volksganzen. Was ist nun der Notheifergeist. Auf dem von den Kommunisten gewollten Trümmerhaufen kann und soll sich kein Wirtschaftsleben aufbauen sondern es muß verhindert werden, daß unser Wirtschaftsleben zu einem Trümmerhaufen gemacht wird. Der Notheifergeist erkennt an, daß jedem gegebenen Recht auch eine Pflicht der Verantwortlichkeit gegenübersteht. Als Glieder eines Volkes müssen wir alle daran denken, daß Tausende, ja Millionen die Not der Zeit schwer leidend fühlen und empfinden. Das ist echter Notheifergeist, der überall helfend eingreift. Die im ersten Jahre ihres Bestehens durch die Nothilfe geleistete Arbeit beweist besser wie alle gegnerischen Behauptungen die unbedingte Notwendigkeit der technischen Nothilfe. Notheifer der Tat und Notheifer des Geistes muß jeder Notheifer sein. Allen kommenden schweren wirtschaftl. Notlagen gegenüber, die sich aus unserm wirtschaftlichem Zwang als Folge unseres „Nein" in London ergeben werden, gilt es bereit zu sein. Möge aus dem echten Notheifergeist sich in baldiger Zukunft eine Schar zusammenfinden, die nicht 160 000 sondern 3 bis 400 000 technische Notheifer umfaßt, dann ist der werdende Bedarfe der technischen Nothilfe auf guten Boden gefallen.

— **Der Turn-Verein „Eintracht Jahn"** hat in der am letzten Samstag stattgefundenen General-Versammlung beschlossen, eine Schülerriege ins Leben zu rufen. Da schon immer an Samstagabenden etwa 8—10 Schüler am Turnen teilnehmen, so hält sich der Verein für verpflichtet, eine besondere Stunde für diese Schüler einzurichten. Wenn die Zahl der Schüler auf 15—20 gestiegen ist, dann soll die Uebungsstunde, soweit es möglich gemacht werden kann, Samstags von 4—6 Uhr nachmittags stattfinden. Vorerst sollen die Schüler noch von 6—8 Uhr mit dem ganzen Verein turnen. Es ist das Bestreben des Turn-Vereins, den Körperbau und die Muskulatur der Schüler durch Uebungen und Sport jeglicher Art in den Verhältnissen zu halten, wie sie vor dem Kriege waren. Darum Schüler hinein in die Schülerriege des Turn-Vereins „Eintracht-Jahn". Die nächste Uebungsstunde findet Samstag den 26. März abends von 6—8 Uhr in der städt. Turnhalle statt, woselbst auch die Aufnahmen erfolgen.

Westfalen und Rheinlands.

* **Essen**, 19. März. Nachdem der Alte Bergarbeiterverband den Schiedsspruch der Reichskommission in der Ueberschichtenfrage abgelehnt hat, ist seit Anfang der Woche auf den Zechen des Ruhrbezirks das Verfahren von Ueberschichten in der Hauptsache eingestellt worden. In den nächsten Tagen wird sich eine Generalversammlung des Zechenverbandes mit dem Schiedsspruch befassen, der nach unseren Erkundigungen wegen der starken weiteren Belastung durch die vorgesehenen Lohnerhöhungen auch von den Zechenbesitzern abgelehnt werden wird. Durch den Fortfall der Ueberschichten tritt natürlich eine erhebliche Minderförderung ein.

* **Dülken**, 12. März. In dem nahen Boisheim brannte gestern abend eine große Flachsrösterei nieder. Die Gebäulichkeiten wurden vernichtet. Die Maschinen sind meist zerstört. Der Schaden ist sehr erheblich. Rund 200 Arbeiter werden durch den Brand arbeitslos.

Gerichtssaal.

hn. **Gevelsberg**, 22. März. **Wegen Doppelehe** standen der Heizer Johann Schm. und Frau vor der Hagener Strafkammer. Sch. war im Felde und leitete, als er in Urlaub kam Scheidungsklage ein. Nach dem Sühnetermin hielt er die Sache für erledigt und ging eine neue Ehe ein. Inzwischen ist die erste Ehe geschieden worden. Es trifft beide die Mindeststrafe von je sechs Monaten Gefängnis. — **Schwere Eisenbahndiebstähle** begingen der Eisenbahnassistent Keuterling, der Weichensteller H. Rüter und der Bahnwärter H. Klein. Die Hagener Strafkammer verurteilte K. zu einem Jahr sechs Monaten, R. zu einem Jahr und Kl. zu neun Monaten Gefängnis. Der Schirrsteller Lenke hatte von dem gestohlenen Stoff einige Meter gekauft, da ihm gesagt wurde, daß es sich um Beutegut aus dem Felde handele und er dies glauben konnte, erfolgte seine Freisprechung von der Anklage der Hehlerei. — Im Jahre 1919 ist beim Bauunternehmer Pitarius versucht worden, den Geldschrank zu erbrechen. An dieser Tat war der jugendliche Arbeiter M. beteiligt, der seine Tat bitter bereut. Da er unter dem Einfluß eines der Mittäter stand, kommt er mit 4 Monaten Gefängnis davon, wozu eine Woche wegen Beleidigung des Polizeikommissars Bachmann tritt.

Theater und Musik.

Städtisches Schauspielhaus Hagen.

Für die heute stattfindende Aufführung „Die Meistersinger von Nürnberg" ist für die Partie des Sachs Hans Bahling vom National-Theater Mannheim und für die des Stolzing Karl Schröder vom Kölner Opernhaus verpflichtet worden. Morgen Mittwoch findet eine geschlossene Vorstellung der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaft statt. Zur Aufführung gelangt Wedekinds Tragödie „Erdgeist".

Dienstag, 22. März: „Die Meistersinger von Nürnberg". Mittwoch, 23. März: „Erdgeist". Donnerstag, 24. März und Freitag, 25. März: Konzert. Sonnabend, 26. März: „Hamlet."

Briefkasten.

H. Sch. 10. Sie sind berechtigt, von Ihrem steuerpflichtigen Diensteinkommen eine jährliche Prämienzahlung für Lebensversicherung bis zu 600 Mk. in Abzug zu bringen.

Wirtschaftlicher Teil.

Eine kommunistische Aktion für die Betriebsrätewahlen.

Auf den meisten Werken haben die Betriebsräte ungefähr ein Jahr ihre Tätigkeit ausgeübt. Nach den gesetzlichen Bestimmungen müssen deshalb in der nächsten Zeit fast überall neue Betriebsräte gewählt werden. Es scheint nun so, als ob die Kommunisten eine großzügige Aktion unternehmen wollten, um in möglichst vielen Betriebsräten eine kommunistische Mehrheit zu erzielen. Ueber die einschlägige Taktik sagt ein von den Kommunisten verbreitetes Rundschreiben u. a. folgendes: „Die Kandidaten werden von den Unionisten und Gewerkschaften nur nach dem Gesichtspunkt ihrer, unbedingten Zuverlässigkeit und Kampferprobtheit ausgewählt . . . . Die von den Betriebsfraktionen aufgestellten Kandidaten müssen sich verpflichten, nach den Richtlinien der KPD. zu wirken; sie haben eine Blankovollmacht zu unterschreiben in der sie ihren Rücktritt aus dem Betriebsrat erklären. Die Blankovollmacht wird durch den Obmann der Betriebsfraktionen an den Vorstand der KPD. und von diesem an das Unterbezirkssekretariat gesandt. Tritt der Fall ein, daß ein Betriebsrat gegen die Interessen der Belegschaft (ließ KPD.) handelt, so nimmt die Betriebsfraktion dagegen Stellung, beschließt über seinen Rücktritt, das Unterbezirkssekretariat sendet die ihm ausgehändigte Blankovollmacht mit dem nötigen Datum an den Betriebsrat des betreffenden Betriebes und das Mandat unseres Beauftragten ist erloschen . . . . Auch die Ersatzmänner haben auf alle Fälle nach den Richtlinien der Partei zu handeln und die Blankovollmacht zu unterschreiben . . . ."

Mit welchen Mitteln die Kommunisten dann, wenn sie in den Betriebsräten die Oberhand erlangt haben, vorzugehen gedenken, zeigen Richtlinien die den kommunistischen Vertrauensleuten vor kurzem von ihrer Parteileitung zugestellt worden sind. Es heißt dort unter Punkt 4: „Die Kommunisten dürfen nie vor den Schranken bürgerlicher Gesetze haltmachen. Die Kommunisten haben die Differenzen, die sich aus den Forderungen der Arbeiterklasse und den ihnen entgegenstehenden bürgerlichen Gesetzesbestimmungen ergeben, mit Bewußtsein auf die Spitze zu treiben." Aus anderen, in diesen Richtlinien angegebenen Punkten ist ersichtlich, daß es den Kommunisten absolut nicht auf die Vertretung der wahren Interessen ihrer Mitglieder ankommt, sondern nur auf die Erreichung parteipolitischer Ziele. So heißt es u. a. in den Richtlinien, daß Mitteilungen von allen wichtigen Vorkommnissen den Parteisekretariaten zu machen ist, daß von den Parteisekretariaten Material abgeholt werden müsse, daß die Anträge der Partei in den Betrieben zur Beratung gestellt werden müssen usw.

Es scheint so, als ob nicht nur die Kommunisten durch ihr Vorgehen eine Sabotierung des Betriebsrätegesetzes herbeiführen wollen, sondern daß auch die Sozialisten dazu entschlossen sind. So hat z. B. der geschäftsführende Ausschuß der sozialistischen Betriebsräte-Zentrale einen Aufruf erlassen in dem die neu zu wählenden Betriebsräte aufgefordert werden, einzutreten „für die Durchführung der Sozialisierung des Kohlenbergbaues" für die „Kontrolle der Produktion", für die „Ueberführung der kapitalistischen Profitwirtschaft in sozialistische Gemeinwirtschaft", für die „Durchführung des vollen Mitbestimmungsrechtes in allen Fragen der Wirtschaftsführung" usw. Wer das Betriebsrätegesetz kennt, weiß, daß alle diese Forderungen im Gesetz nicht die geringste Stütze finden, deshalb nicht zum Tätigkeitsbereich der Betriebsräte gehören. Besonders interessant ist, daß die Betriebsrätezentrale nicht einmal auf einen einheitlich geschlossenen Willen der hinter ihr stehenden Kreise verweisen kann. Auf dem ersten Betriebsrätekongreß haben nämlich denselben starken Beifall gefunden die Ausführungen des Mehrheitssozialisten Wissell, der im Sinne der Arbeitsgemeinschaft sprach, eine Resolution des Unabhängigen Hilferding, der sehr scharf für eine revolutionäre Aktion eintrat, und schließlich auch noch die kommunistische Propaganda Brandlers, der ganz offen für terroristischen Bürgerkrieg Stimmung machte. Daß angesichts dieser Zerfahrenheit Forderungen wie die oben gekennzeichneten erhoben werden, ist wirklich nicht verständlich.

Amtl. Berliner Devisen-Kurse.

Für drahtliche Auszahlungen	19. März Geld	19. März Brief	21. März Geld	21. März Brief
Holland 100 Gulden =	2145.35	2149.65	2115.35	2119.65
Belgien 100 Frk. =	451.00	452.00	449.55	450.45
Norwegen 100 Kr. =	999.00	1001.00	981.50	983.50
Dänemark 100 Kr. =	1073.90	1076.10	1058.90	1061.10
Schweden 100 Kr. =	1408.55	1411.45	1405.55	1411.45
Finnland 100 finn. M. =	158.55	158.95	156.90	157.30
Italien 100 Lire =	295.65	296.35	288.25	288.75
England 1 Pfd. St. =	244.75	244.25	240.25	240.75
Amerika 1 Dollar =	62.96	62.24	61.56	61.70
Frankreich 100 Frk. =	433.05	433.95	429.75	430.45
Schweiz 100 Frk. =	1078.90	1081.10	1072.90	1075.10
Spanien 100 Pes. =	869.10	870.90	859.10	860.90
Oesterreich 100 Kr. =	00.00	00.00	00.00	00.00

Kölner Börse.

	19. März Geld	19. März Brief	21. März Geld	21. März Brief
Englische Noten	245.25	245.75	240.50	241.00
Frankreich	437.05	437.95	428.05	428.95
Belgien	456.00	457.00	448.55	449.56
Holland	2157.50	2162.20	2115.15	2119.20
Norwegen	62.43	62.51	61.68	61.81

Verantwortl. für die Schriftleitung: H. Boswinckel für den Anzeigen- u. Reklameteil: Wilh. Herkenrather beide in Gevelsberg.

Wie neu! Ihr alter Hut Wie neu!
Umpressen
von Herren- und Damenhüten. Reinigen, Färben, Modernisieren usw. Eigene Pensmawäscherei. Lieferzeit 4–6 Tage.
Steife Herrenhüte werden auf modernste Schnittform umgearbeitet.
Hutfabrik Gebr. Prinz, Köln. :: Filiale Gevelsberg
Betrieb: Zur Mühlen 2.
Annahmestellen: Hagener Str. 90. Mittelstr. 71.

In 1 Std. u. Garantie
vernichtet. Sie Fliege, Kopf-Kleider-, Filz-
Läuse
sicher Brut (Nissen) d. Mensch und Tier mit „Kampolo" ges. gesch. Waschen unschädl. Versand. bei dem Fl. heute Sauer, Hagener Straße 13.

Institut Both Zinnau, Thür. Einj.-Abitur.

Warnung
Hierdurch fordere ich die Gänsehalter auf, ihre Hühner und Enten aus meinem Garten, Wiese und Dünger haufen abzuhalten, da ich Gift gelegt habe.
Eugen Ellinghaus, Altsper Str. 149.

Die glückliche Geburt eines gesunden Töchterchens zeigen hocherfreut an

Paul Boy u. Frau
Frieda geb. Schneider.

Emden (Palmsonntag), Grosstr. 46. den 20. März 1921.

Sohn ordentlicher Eltern und mit guter Schulbildung als

Lehrling

gesucht.

Landmesser- u. Ingenieurbüro
Stelt & Wenkebach,
Wittener Str. 4.
Fernsprecher 864.

Die Verlobung
Ihrer Tochter FRIEDEL mit Herrn LUDWIG WIPPERMANN beehren sich anzuzeigen

Louis Hoppe u. Frau
Auguste geb. Langewiesche.

Friedel Hoppe
Ludwig Wippermann
VERLOBTE.

Gevelsberg, im März 1921.

Billige Preise.

Teppiche

Läuferstoffe, Vorlagen, Divandecken. Erstklassige Fabrikate!

Der **Einkauf** von Teppichen ist Vertrauenssache, besichtigen Sie bitte **vorher mein großes Lager. Keine Großstadtpreise!**

Teppiche in den Preislagen von **Mk. 245.— bis Mk. 4500.—** stets in grosser Auswahl am Lager.

Streng reelle und fachmännische Bedienung.

Beachten Sie bitte meine Schaufenster-Auslagen.

Fritz Kammerecker, Haspe i. W.

gegenüb. d. evangel. Kirche **Cölner Str. 17.** Telefon 1763.

Große Auswahl.

Guterhaltene Bettstelle mit Matratze, Waschkommode, Nachttisch u. Kleiderschränder zu verkaufen.
Hagener Straße 16.

Kücheneinrichtung (natur) billig zu verkaufen.
Näheres Mag. Bahr, Zigarrengeschäft, Mittelstr. 26.

Dunkelblaues Jackenkleid, nen, und andere Sachen billig zu verkaufen.
Zu erfragen Wenkebachstr. 3.

Büroraum oder **Ladenlokal**

sofort oder später zu mieten gesucht. Angebote unter U. 49 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Wohnungstausch.

Eine freundl. 4-Zimmer-Wohnung in Gevelsberg gegen eine gleiche in Milspe zu tauschen gesucht.
Näheres zu erfragen bei der Witwe Lyll, bei Zils.

Danksagung.

Für die wohltuenden Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer lieben **Herta** sagen wir allen unsern tiefgefühlten Dank.

Frau Ww. Fritz Berger
und Kinder.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unserer beiden lieben Verstorbenen sagen wir allen, besonders der Firma Henke & Dörken, sowie deren Angestellten, Arbeitern u. Arbeiterinnen unsern tiefgefühlten Dank.

Familie Reinhold Schott,
Familie Ww. Heinr. Pattberg.

Danksagung.

Für alle uns beim Heimgange meines lieben Mannes erwiesenen Ehrungen und Beweise treuen Gedenkens spreche ich hierdurch gleichzeitig im Namen meiner Kinder unsern herzlichsten Dank aus.

Frau Albert Wellershaus
Martha geb. Kleinschmidt.

Milspe, den 20. März 1921.

Bekanntmachung.

Die Umsatz- und Luxussteuer ist von den Steuerpflichtigen im Amtsbezirk Haßlinghausen nicht wie bisher bei der Kreiskommunalkasse in Schwelm, sondern bei der **Amtskasse** (Finanzhilfskasse) in **Haßlinghausen** einzuzahlen.

Schwelm, den 10. März 1921.

Finanzamt Schwelm.
Dr. Springorum, Regierungsrat.

Einladung

zu einer Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung auf **Donnerstag, den 24. März, nachmittags 5 Uhr, im Rathaussaal.**

Tagesordnung:

1. Erhebung einer Provinzialnachsteuer für 1920.
2. Erhebung eines Zuschlages zur Wandergewerbesteuer.
3. Nachtrag zur Ordnung über die Erhebung einer Hundesteuer im Bezirk der Stadt Gevelsberg.
4. Antrag der Beamten und Angestellten auf Auszahlung des Differenzbetrages zwischen Ortsklasse B und A.
5. Bewilligung eines Betrages zur Anschaffung von Spielgeräten.
6. Neuregelung der Vergütung für die Schuldiener und -innen.
7. Errichtung einer Stadtbank.
8. Bereitstellung von Mitteln für Notstandsarbeiten (Rodungen).
9. Erwerb eines Grundstückes.
10. Beschlußfassung über den Ausbau der Gartenstraße.
11. Bereitstellung von Mitteln für die Erweiterung der Abortanlage am Strandbad.
12. Desgleichen für die Beschaffung von Siggelegenheiten daselbst.
13. Desgleichen für den Ausbau der Nelkenstraße.
14. Festsetzung der Fluchtlinien der Milspe Straße.

Hierauf vertrauliche Sitzung.

Gevelsberg, den 21. März 1920.

Der Bürgermeister. J. V.: Müller.

Bekanntmachung.

Gefunden

sind in den Straßenbahnwagen im Jahre 1920:

6 Regenschirme, 8 Stöcke, 23 Geldbörsen, 1 Handtasche, 1 Kneifer, 1 silberne Halskette, 1 Rockmantel, 4 Paar Handschuhe, 1 einzelner Handschuh, 1 Manschettenknopf, 1 Schleier, 1 Taschenmesser, 1 Taschenspiegel, 2 Stöcke, 1 Hut, 1 Zigarrenspitze, 1 Hosenträger im Hosenbein, 1 Korb, 1 Paar Schuhe, 1 Tasche, 1 Unterrichtsbuch, 1 Tagebuch, 1 Geldkatze, 1 Paket Frauenhaare, 20 Pakete Verschiedenes.

Die Empfangsberechtigten werden hiermit aufgefordert, die Fundsachen bis zum 15. April, während der Zeit von 10—12 Uhr vorm. und 3—6 Uhr nachm. in unserm Büro abzuholen.

Milspe, 21. März 1921.

Elektrische Straßenbahn Gevelsberg—Milspe—Voerde.

Prima holländische
Speisekartoffeln,
sowie frühe und späte
Pflanzkartoffeln
empfiehlt franko Haus

Ernst Stöcker,
Schnellmark u. Nirgena.
Telephon 663 u. 863.

10—15 gut erhaltene
Fahrräder
wegen Raummangel billig abzugeben. 300.—, 400.—, 650.— Mk. Prima Decken 65.— Mk. an, Schläuche 25.— Mk.

H. Riese, Hagen i. W.,
Frankfurter Str. 60.

Gebrauchter Herd, wenig gebrauchter Kleiderschrank, großer Küchenschrank mit Verglasung, großer Küchenschrank mit Holzfüllung, schöner Zimmerofen, einige neue Anzüge u. Ueberzieher billig zu verkaufen.

Winkelstraße 11,
(Oberstadt).

---

102 Scheckrollen

Nr. 6, für eine National-Registrierkasse zu verkaufen.

Gebrüder Dörken,
Gevelsberg.

Gitarre

und 2 fast neue Militärtornister zu verkaufen.

Mittelstraße 39, I Etg.

Eine gut brütende
Glucke
zu kaufen gesucht. Wo, sagt die Geschäftsst. bs. Ztg.

Ein gut erhaltener **Tornister** zu kaufen gesucht. Angeb. mit Preisang. u. K. 66 an die Geschäftsst. bs. Ztg.

Stärkewäsche
wird gut und billig gebügelt.
Bräbostraße 31, II.

D. H. V.
Ortsgruppe Gevelsberg.

Diejenigen Kollegen, welche beabsichtigen, an dem am 1. April ds. Js. beginnenden

Gratis-Buchführungskursus

teilzunehmen, wollen sich bitte bis zum 25. ds. Mts. bei einem Vorstandsmitgliede melden.

Der Vorstand.

Konservatorium der Musik Gevelsberg.
Neustraße 7 - Direktor Winterhoff - Gegründet 1912
Das neue Schuljahr beginnt
am 13. April 1921.
Unterricht in allen Fächern der Tonkunst.
Anmeldungen täglich von 10—1, 3—6 Uhr.
Prospekt gratis. Honorar mäßig

Telegramm!

Frische Fische!  Frische Fische!

Morgen auf dem Wochenmarkt:

Großer

Massen-Fisch-Verkauf.

Durch günstigen Einkauf bin ich in der Lage nur allerfeinste blutfrische Ware zu staunend billigen Preisen auf den Markt zu bringen. — Bitte Papier mitbringen.

M. Sichtermann aus Hagen.

Achten Sie bitte auf Nr. 63!

Sprachlos bleibt jeder stehen u. staunt

über mein großes Lager im Hofgebäude, denn durch fast gar keine Geschäfts-Unkosten verkaufe alles zu staunend billigen Preisen.

Sie finden bei mir bestimmt, was Sie suchen

Große Auswahl

in getrag. und neuen, sehr eleganten, aus pr. Friedensstoffen mit Ia. Zutaten, fl. Verarbeitung hergestellten

Herren- u. Burschen-Anzügen

in allen Größen,

Manchester- u. Blaueinen-Anzüge, sehr billige Preise. **Frühjahrs-Covercoats, Ueberzieher, Gummi-Mäntel, Stoff-Hosen** in verschiedenen Streifen, auch Englisch-Leder, Manchester und Feldgrau.

Herren-, Damen- u. Kinder-Schuhe, wie auch **Damen-Kleiderröcke,**

alles bekannt billig nur in

Rübenfelds Partiewarenhaus

Aeltestes u. bekanntes Geschäft dieser Art am Platze.

63 Barmen-R., Bredderstrasse 63.

63! **63!**

Ia. Nußkohlen

für Hausbrand liefert prompt

C. Westermann, Kohlenhandlung

Telefon 766. Telefon 766.

Der Rest meines Wanderlagers in

Herren- und Damenstoffe sowie **Gardinen**

wird morgen Mittwoch zu jedem annehmbaren Preise verkauft.

Verkauf d. Wirtschaft ROSENDAHL, Gevelsberg, Mittelstr. 26, von 10—7 Uhr.

Max Groß.

Industrie-Saatkartoffeln

von leichtem Kleinboden, anerkannt beste Pflänzer für hiesigen Boden (keine mecklenburger Sandkartoffeln) in den ersten Tagen mehrere Waggons eintreffend, empfiehlt und nimmt Bestellungen jetzt in Auftrag

Hermann Eckes.

Wollen Sie sich elegant und billig kleiden?

Sie finden bei mir große Auswahl in

Herren-, Burschen- und Jüngl.-Anzüge,

feinste Verarbeitung, Ia. Zutaten,

Streif- und Militär-Feldgrau-Hosen, Ueberzieher, Damenkleidung, Schuhen.

Auch getr. Garderoben.

Sie staunen über die billigen Preise.

Partiewarenhaus Seibert, Schwelm, Ostenstr. 19.

Tonkino
Theater Mittelstraße

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag ab 8 Uhr.

Das Carl Wilhelm Meisterwerk:

Der langsame Tod.

Sechs Akte nach dem Roman „Die verleugneten Jahre" von Ruth Götz.

Darsteller:

Carl Wilhelm, Ed. v. Winterstein, Resel Orla, Lucie Höflich, Charles Willy Kaiser, Guido Herzfeld, Karl Platen.

Stark fesselnde, ergreifende Handlung.

Das geheime Kennwort.

Kriminaldrama in 5 Akten von Paul Rosenhayn.

Charli Bills letztes Abenteuer!

---

2 gutehalt. e
Gleichstrom Motore,
1 u. 2 PS, 1 Transmission 40 mm, 7 m lang und 3 Sockellager zu verkaufen.
C. Bechmann,
Milspe, Vereinsstr. 7.

Ein weißes
Ziegenlämmchen,
reinrassig, von sehr guter Art zu verkaufen.
Fr. Kahlhöfer,
Elberfelder Straße 28½.

Für meine Konditorei suche ich für sofort ein
Lehrmädchen,
welches zu Hause schlafen kann.
Hans Spies,
Bruderstraße 15.

Suche zum 1. April bei meinem kleinen Haushalt ein tüchtiges in Haus- und Gartenarb. erfahrenes
Mädchen.
Frau Diedrich Hülsenbeck.

Suche per sofort (3 meinem Privathaushalt 3 Personen) ein tüchtiges zuverlässiges
Mädchen
bei Familienanschluß und gutem Lohn.
Frau Hugo Spieker,
Nächstebreck bei Barmen-Rittersh.
Telephon 1258.

Zuverlässiges u. sauberes
Mädchen
zum 1. April gesucht.
Mittelstraße 3

Per sofort ein älteres ehrliches
Mädchen oder Wwe.
zur Stütze des Haushalts gesucht.
Mittelstraße 34, part.

Jüngeres Fräulein, welches die Handelsschule besucht, sucht baldigst Stellung auf Kontoarbeiten.
Angebote unter H. 24 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Durchaus erfahrener
Gießereiingenieur
wünscht sich bei einer bestehenden hiesigen oder mittleren Gießerei mit Kapital zu beteiligen. Angebote unter H. S. 100 an die Geschäftsstelle erbeten.

Suche verkäufliche
Besitzungen
anzukaufen. Angebote an Heinr. Wellershaus, Kl. Straße 46 zu richten.

Schwarze
Schäfer-Hündin,



auf den Namen „Lux" hörend, am Freitag abend abhanden gekommen. Wiederbringer erhält Belohnung.
Walter Rakorp,
Gut Fellinghausen bei Voerde.